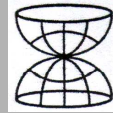


Magistrat der Stadt Bremerhaven
Herrn Oberbürgermeister Melf Grantz

Stadthaus 1
Hinrich-Schmalfeldt-Straße
27576 Bremerhaven

**Nord-
Süd-
Forum
Bremerhaven**



AK „Migration und Flüchtlinge“

c/o Gisela Wiegel

Fon: 0471 83950

E-Mail: Gisela.Wiegel@web.de

Bremerhaven, den 02.10.2020

Sehr geehrter Oberbürgermeister Grantz,

mit Entsetzen haben die Mitglieder des AK Migration und Flüchtlinge im Nord-Süd-Forum Bremerhaven e.V. wahrgenommen, dass die NPD Parteizentrale auf ihrer Facebook-Seite „NPD-die soziale Heimatpartei“ zu einer Demo am 17.10. in Bremerhaven unter dem Motto: „JA ZUR TRADITION! KEIN VERBOT, STOPPT SCHWARZ WEISS ROT!“ aufruft.

Die Partei Die Rechte, die NPD und andere Nazi- und Reichsbürgergruppen reagieren damit auf einen neuen Erlass im Lande Bremen, der das Zeigen von Reichskriegsflaggen in der Öffentlichkeit und das Verwenden von Reichsflaggen verbietet. Da das Bremerhavener Aktionsbündnis „Bremerhaven bleibt bunt“ durch einen Brief an den Bremer Bürgermeister Bovenschulte den Anstoß für diesen Erlass gegeben hat, wollen nun Nazis auch aus anderen Städten anreisen, um hier gegen das Verbot zu demonstrieren. Wir erwarten, dass Sie als Oberbürgermeister auf diese Ankündigung reagieren werden, denn wie wir der NZ vom 18.09.2020 entnehmen konnten, sehen auch Sie das Zeigen von Reichskriegs- und Reichsflaggen sehr kritisch und begrüßen das Verbot.

Der AK Migration und Flüchtlinge hat die Entwicklung des in der letzten Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Integrationskonzepts aktiv und engagiert begleitet und unterstützt. Die darin beschriebenen Ziele und Maßnahmen, die in unserer Stadtgesellschaft ein „Miteinander in Vielfalt“ ermöglichen und fördern sollen, stehen im völligen Gegensatz zu den Zielen von NPD und der mit ihr verbündeten Parteien und Gruppierungen. Schließlich gilt die Reichskriegsflagge als Erkennungszeichen der Neonazis. Sie treten für ein völkisches, ethnozentrisches Verständnis des deutschen Volkes auf Basis der Abstammung ein, das nicht unserer Verfassung entspricht. In Hinblick auf Ausländer sagt z.B. Thomas Göbel von der AfD; dass Deutschland „unter einem Befall von Schmarotzern und Parasiten“ leide.

Auch von den in Bremerhaven regierenden Parteien erwarten wir eine Unterstützung für ein Verbot dieser Demonstration. Schließlich formulierten sie auf Seite 22 der Koalitionsvereinbarung: „**Wir sind in Bremerhaven stolz auf unsere Vielfaltigkeit und Weltoffenheit. Bremerhaven will allen Bürgern eine lebens-und liebenswerte Stadt sein, die sich ihre Vielfaltigkeit bewahrt und positiv nutzt**“.

Die Mitglieder des AK Migration und Flüchtlinge bitten Sie eindringlich, diese Demonstration von völkischen, offen rassistischen, fremdenfeindlichen Gruppierungen und Parteien zu verbieten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des AK Migration und Flüchtlinge:

Gisela Wiegel